

Verein zur Betreuung von Ausländern
Arbeitsmarktpolitische Betreuungseinrichtung

Am Modenapark 6/8
1030 Wien
Tel.: 72 56 04/

Wien, am

An den Bundesminister für Arbeit
Soziales Dr. Walter Geppert
Stubenring 1
1010 WIEN

Wien, 2.1.1989

Betrifft: Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Bevor im Juni 1988 die erste Novelle zum AuslBG beschlossen wurde, waren die unterzeichneten Organisationen an einer Initiative beteiligt, die eine weitergehende Reform dieses Gesetzes befürwortete und dazu konkrete Vorschläge unterbreitete. Aus verschiedenen Äußerungen in der Öffentlichkeit, unter anderem auch aus Stellungnahmen, die Sie selbst gegenüber der Presse abgegeben haben, schließen wir, daß derzeit eine zweite Novelle zum AuslBG in Vorbereitung ist. Auch in den Erläuterungen zur ersten Novelle wurde ja bereits festgehalten, daß diese Änderung "bewußt vorsichtig gehalten" wurde und es wurden nach "laufender sorgfältiger Überprüfung der Erfahrungen aus der neuen Situation" "weitere gesetzliche Anpassungen" in Aussicht gestellt.

Unser wichtigstes Anliegen vor dieser Novellierung war, daß in Zukunft diese Frage nicht mehr unter Ausschluß aller Organisationen beraten und entschieden werden darf, die die Interessen und Anliegen der in Österreich lebenden und arbeitenden Ausländer vertreten. Sie selbst haben sich bei einer Veranstaltung in Wiener Kongreßhaus am 20.5.1989 im gleichen Sinn geäußert. An diese Zusage wollen wir Sie nun erinnern.

Vor der Novellierung des Fremdenpolizeigesetzes wurde eine öffentliche Enquete des Innenministeriums abgehalten und anschließend Arbeitskreise eingesetzt, in denen die Vertreter der Ausländer zu Wort kamen. Warum sollte dies gerade in der Frage der Ausländerbeschäftigung nicht möglich sein? Die Diskussion um diese Frage ist in der Öffentlichkeit ja schon lange voll im Gange, daher kann auch das Argument nicht mehr gelten, daß eine öffentliche Erörterung den Interessen der Ausländer schaden könnte. Die bisherige Form der exklusiven Beratung durch die Vertreter der Sozialpartner hat jedenfalls dazu geführt, daß Österreich auch nach der Novelle 1988 noch immer das restriktivste Ausländerbeschäftigungsgesetz im Vergleich mit den anderen europäischen Aufnahmeländern hat.

Wir schlagen Ihnen daher vor, möglichst bald eine Enquete zur Ausländerbeschäftigung zu veranstalten, zu der die unterzeichneten Organisationen, aber auch andere Gruppen, die in den letzten Jahren zusammen mit Ausländern oder für deren Anliegen aktiv gewesen sind, eingeladen werden sollten. Wichtig ist für uns vor allem, daß dies zu einem Zeitpunkt geschieht, zu dem die internen Vorarbeiten in Ihrem Ressort oder in den Organisationen der Sozialpartner noch nicht abgeschlossen sind, so daß eine reelle Möglichkeit besteht, die Neuregelung im Sinne der Interessen der Ausländer zu beeinflussen.

In diesem Sinn ersuchen wir Sie, Herr Bundesminister, um einen Gesprächstermin, bei dem die konkreten Details einer solchen Veranstaltung und die Absichten Ihres Ressorts erörtert werden könnten.

Hochachtungsvoll

Verein zur Betreuung von Ausländern in Wien
Verein zur Betreuung der Ausländern in OÖ.
Verein zur Betreuung und Beratung von Ausländern in Salzburg
Verein zur Betreuung und Beratung von Ausländern in Tirol
Verein zur Betreuung von Ausländern in Vorarlberg
Komitee für ein ausländerfreundliches Österreich
Dachverband der Bildungs- und Beratungseinrichtungen
für ausländische Frauen

Für die Vereine

Dr. Haydar Sari